

Pressemitteilung

Nürnberg/Berlin, 17.07.2009
PM 083-09/LFGS
Energie

Frau Merkel, Herr Seehofer: Keine Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke!

BUND und Bund Naturschutz protestieren beim CSU-Wahlparteitag

Nürnberg/Berlin: Als inzwischen sechste Station in einer Staffel von Protestaktionen haben der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und sein bayerischer Landesverband Bund Naturschutz mit einer zwei Meter hohen „Atom-Ausstiegssuhr“ heute vor dem Wahlparteitag der CSU in Nürnberg gegen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke demonstriert. „Endzeit für Atomkraftwerke. Keine Laufzeitverlängerungen Frau Merkel!“ und „Bayern wählt die Atomkraft ab, Isar stilllegen!“ stand auf mitgeführten Transparenten der Umweltschützer. Die „Ausstiegssuhr“ zeigt jene sieben Atomkraftwerke, die entsprechend einer Vereinbarung zwischen Energiekonzernen und Bundesregierung in der laufenden und in der nächsten Legislaturperiode stillgelegt werden sollten. Das bayerische AKW Isar 1 soll 2011 vom Netz gehen. Das schleswig-holsteinische AKW Brunsbüttel, die Reaktoren Biblis A und B in Hessen und das AKW Neckarwestheim in Baden-Württemberg sollten ursprünglich bereits 2008 bzw. spätestens 2009 stillgelegt werden. In 2012 sollen in Baden-Württemberg Philippsburg 1 und in Niedersachsen das AKW Unterweser folgen.

"Die Ausstiegssuhr tickt. Entsprechend dem Atomkonsens stehen sieben Atomkraftwerke zum Abschalten an. Hinzu kommt der Pannereaktor Krümmel, der aus Sicherheitsgründen nie wieder ans Netz darf. Sollten CDU/CSU und die FDP nach der Bundestagswahl längere Laufzeiten für die alten Atommeiler durchsetzen, dann werden sich die Gefahren für heutige und kommende Generationen und auch die radioaktiven Müllberge noch dramatisch vergrößern", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Atommeiler seien zudem unflexible und träge Großkraftwerke, die nicht in ein zukunftsfähiges Stromversorgungssystem passen würden. Bundeskanzlerin Angela Merkel wisse, wenn Atomkraftwerke länger am Netz blieben, dann bremsten sie den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Hinzu komme, dass die meisten Atomkraftwerke nicht gegen Flugzeugabstürze oder Terrorattacken gesichert seien. Angesichts dieser Risiken sei es unverantwortlich, gerade für ältere Atomkraftwerke Laufzeitverlängerungen zu fordern. Der BUND bemängelte, dass die Union nach dem erneuten Störfall im AKW Krümmel zwar den Betreiber Vattenfall kritisiert habe, aber dennoch das Gefahrenpotential alter Atomkraftwerke herunterspiele. Damit stünden Merkel und Seehofer im Widerspruch zur Mehrzahl der CDU/CSU-Anhänger, die die Forderung nach einer schnellen Abschaltung der alten AKW unterstützen würden.

Die kommende Bundestagswahl entscheide über den künftigen Kurs Deutschlands in der Energie- und Atompolitik. Und die Frage des Atomausstiegs sei für ein Drittel der Wählerinnen und Wähler ein wichtiges Entscheidungskriterium bei der Wahl. „Wählen wir die Atomkraft ab, entscheiden wir uns für eine zukunftssichere und atomstromfreie Energiepolitik“, sagte Weiger.

Für Rückfragen:

Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter, Tel. 0911-81878-25, Mobil: 0171-6394370,

Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 030-27586-421, Mobil: 0173 – 60 71 603 bzw.

Katrin Riegger, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-464, Mobil: 0157-71335796, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net